

Breitbandversorgung und Glasfaserausbau: Problemanalyse und politische Aufgabenstellung

1. Versorgung der Haushalte 2018 bis Ende 2020

- 50 Mbit/s und mehr **FTTC/Vectoring**: 87,8 - **94,5%** (2018-2020)
- 200 Mbit/s und mehr **Super-Vectoring**: 68,2 - **78,5 %**
- 400 Mbit/s und mehr **HFC/Koaxkabel**: 59,7 - **69,6 %**
- 1 Gbit/s und mehr **Glasfaser/HFC**: 27,3 - **59,2 %** (*Bericht Breitbandatlas 2021*)
- **Mitte 2021** liegt die tatsächliche Versorgung mit 1 Gbit/s inkl. Aufrüstung HFC-Netzen bei rund 62 % der Haushalte (*3. Gigabit-Studie Dialog Consult/VATM 2021, Abb. 6*)
- Beim prozentualen Zuwachs beim Glasfaserausbau wird Deutschland wird schon **2021** voraussichtlich einen Spitzenplatz in Europa einnehmen. Dies stützt die Prognose der VATM-Gigabit-Studie vom Mai 2021 (*3. Gigabit-Studie Dialog Consult/VATM 2021; FTTH Council, Dezember 2020*)

2. Versorgungsverteilung ländlicher Bereich

Land schlägt Stadt: Der ländliche Bereich liegt gut im Rennen und legt prozentual beim FTTH/B-Ausbau von 3,6 % (Ende 2018) auf 10,0 % (Ende 2020) und damit um das Zweieinhalbfache zu. In den Städten steigt die FTTH/B-Coverage von 12,6 auf 18,6 % und damit um die Hälfte. (*Breitbandatlas*) Auch dies zeigt aktuell die *VATM-Gigabit-Studie*, wonach **der meiste Versorgungszuwachs eindeutig im ländlichen Bereich** erfolgt.

3. Aufgabenfeld weiße Flecken (abgrenzbare Projektgebiete mit < 30 Mbit/s)

- **Status:**
In mehr als ¼ (3.096 von 10.381) der Kleinstädte und Landgemeinden verfügten die letzten 10 % der Haushalte über weniger als 30 Mbit/s. (*BMVI/atene KOM 12/2020*)
- **Perspektive:**
Für mehr als die Hälfte aller 2020 verbliebenen Gebiete mit < 30 Mbit/s läuft einstweilen die Ausbauplanung. Bis heute sind bei weitem nicht alle Gebiete beplant oder gar versorgt. Wichtig wäre nun im Rahmen des Graue-Flecken-Programms eine Priorisierung der kommunalen Planung für die noch immer verbleibenden weißen Flecken möglichst bis Anfang 2022 damit auch der Ausbau dort mit höchster Priorität erfolgen kann.
- **Politische Aufgabenstellung:**
 - **Regelungen zur vorrangigen Schließung weißer Flecken** schaffen, damit seitens der Kommunen die entsprechenden Markterkundungen und Ausschreibungsverfahren bis Ende 2021 verlässlich angestoßen werden.

- **Vollförderung** für die vielen oft extrem kleinen Projekte, ohne extrem aufwendige Wirtschaftlichkeitslückenbetrachtung.
- Alle politisch beeinflussbaren **Bürokratieabbaupotentiale** nutzen, um effizientere Genehmigungsverfahren und moderne Ausbautechnologien bis hin zur Nutzung oberirdischer Verlegung sicherzustellen.

4. Aufgabenfeld weiße Punkte (vereinzelte Gebäude mit < 30 Mbit/s in ansonsten größer 30 oder gar über 100 Mbit/s versorgten Gebieten)

➤ Status:

In etwa der Hälfte aller Gemeinden (4.877) lag Mitte 2020 die Versorgung der letzten 5 % der Gebäudeanschlüsse meist aufgrund individuell zu langer Kupferleitungen bei weniger als 30 Mbit/s, in fast ¼ aller Gemeinden (2.564) sogar bei unter 16 Mbit/s.

➤ Perspektive:

- Ein erheblicher Teil wird sukzessive im Rahmen des laufenden eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbaus mit erschlossen. Ein darüber hinaus gehender punktueller Ausbau der heute noch mit < 30 Mbit/s versorgten einzelnen Gebäude ist nicht umsetzbar und muss im Rahmen des anstehenden weiteren gebietsweisen Gigabitausbaus in den nächsten Jahren erfolgen.

➤ Politische Aufgabenstellung:

- Da ein punktueller Festnetzausbau zu einzelnen Häusern weitgehend ausscheidet, sollten **schnelle, drahtlose Übergangslösungen** angeboten werden, bis im Rahmen des zukünftigen Ausbaus auch dort eine Gigabit-Versorgung erreicht ist.
- Um den **Übergangszeitraum** maximal zu **verkürzen**, sind alle kurzfristig erreichbaren **Bürokratieabbaupotentiale** zu **nutzen**.

5. Zukünftiger Ausbau und Förderung in Gebieten über 100 Mbit/s Versorgung.

➤ Status:

Die von der EU genehmigte Förderrahmenrichtlinie erlaubt ab 2023 die Heraufsetzung der Aufgreifschwelle für Förderung von 100 Mbit/s auf 200 Mbit/s symmetrisch. Damit wären auf einen Schlag alle Gebiete in ganz Deutschland potenziell förderfähig, die noch nicht mit FTTH/B oder HFC/Docis 3.1 versorgt sind.

➤ Perspektive:

Der **Schwerpunkt des eigenwirtschaftlichen Ausbaus** und des massiven zukünftigen Investments z. B. durch Fonds, **wird** erfreulicherweise vor allem auf der Erschließung außerhalb der bereits mit HFC und FTTH/B versorgten Gebieten liegen und damit **deutlich die Verfügbarkeit von Gigabitanschlüssen erhöhen**. Bis dies erreicht ist sind gesellschaftliche Teilhabe und die Nutzung wichtiger digitaler Dienste auch über 2023 hinaus bei einer Versorgung mit 100 Mbit/s noch ausreichend sichergestellt.

Ein schnelles „Hineingrätschen“ mit Förderung wäre extrem kontraproduktiv, da der eigenwirtschaftliche Ausbau mit weniger Bürokratie schneller und billiger erfolgt. Die Ankündigung deutlich steigender privater Investitionen gerade im ländlichen Bereich lassen erwarten, dass nur in den wenigsten Fällen ein geförderter Ausbau aufgrund Unwirtschaftlichkeit erforderlich sein würde.

➤ **Politische Aufgabenstellung:**

- **Planungssicherheit durch klare Kommunikation langfristiger Ziele** weit über 2025 hinaus ist für Investoren aber auch die Baubranche essentiell,
- ein **verbessertes Markterkundungsverfahren** verhindert Fehlallokation von Förderung und beschleunigt den Ausbau deutlich,
- z.B. durch klare **bedarfsgerechte Priorisierung**, die Raum für eigenwirtschaftlichen Ausbau bei künftig steigender Nachfrage lässt sowie
- bessere **Fokussierung** auf mittel- und langfristig unwirtschaftlich zu erschließende Gebiete,
- Umsetzung aller **Bürokratieabbaupotentiale** in enger Abstimmung mit den Ländern und Kommunen,
- eine **langfristige Ausbildungs- und Berufsbildungspolitik** zur Befriedigung der deutlich steigenden Nachfrage nach Baukapazitäten und
- die **Forcierung der Digitalisierung** von öffentlicher Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen zur Steigerung der Nachfrage und damit der Wirtschaftlichkeit des Ausbaus.

Von Seiten der Verbände liegen zu allen Punkten zahlreiche ganz konkrete Vorschläge vor, die dringend mit den Fachpolitikern diskutiert werden müssten. Wir bieten unsere Mitarbeit nochmals ausdrücklich an, damit im Rahmen von ambitionierten aber auch realistisch erreichbaren Zielen die richtigen politischen Weichenstellungen erfolgen können. Dies gilt insbesondere auch für die Besetzung des Infrastrukturbeirates beim BMVI, an dem Vertreter aus der Wirtschaft bis heute nicht beteiligt sind.